



Geschäftsführung Jugendhilfeausschuss

Frau Voous

Telefon: (0221) 221 24954

Fax: (0221) 221 28650

E-Mail: jugendhilfeausschuss@stadt-koeln.de

Datum: 12.12.2017

Niederschrift

über die **Sitzung des Jugendhilfeausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 07.11.2017, 14:10 Uhr bis 16:05 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Vorsitzender

Bürgermeister Dr. Heinen, Ralf SPD-Fraktion

Stimmberechtigte Mitglieder

Pöttgen, Andreas	SPD-Fraktion
Schultes, Monika	SPD-Fraktion
Dr. Schlieben, Nils Helge	CDU-Fraktion
Klausing, Christoph	CDU-Fraktion
Jahn, Kirsten	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Kessing, Ulrike	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Dr. Butterwegge, Carolin	Fraktion Die Linke.
Laufenberg, Sylvia	FDP-Fraktion
Blum-Maurice, Renate	Dt. Kinderschutzbund Ortsverband Köln e.V. für Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V.
Dompke, Tobias	Sportjugend Köln (in Vertretung für Frau Kupferer)
Krücker, Peter	Caritasverband Köln e.V.
van Dawen-Agreiter, Sarah	SJD - Die Falken Kreisverband Köln
van Doorn, Julia	BDKJ Erzdiözese Köln e.V.
Volland-Dörmann, Ulrike	AWO Kreisverband Köln e.V.

Stellvertretend stimmberechtigte Mitglieder

Schmerbach, Cornelia	SPD-Fraktion
Schwanitz, Hans	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Clemens, Frank	Fraktion Die Linke.
Nüsser, Christian	FDP-Fraktion
Blümel, Helga	Diakonisches Werk des ev. Kirchenverbandes
Kleine, Monika	SKF e.V. Köln

Pflichtmitglieder mit beratender Stimme nach § 5 AG-KJHG, Art.2 KiBiz-Änderungsgesetz sowie der Satzung für das Jugendamt der Stadt Köln

Dr. Arnold, Juliane	Evangelischer Kirchenverband Köln und Region
Dr. Eulgem, Andrea	Gesundheitsamt der Stadt Köln (in Vertretung für Frau Dr. Bunte)
Gümüs, Attila	Jugendamtselternbeirat Köln
Spitzley, Georg	Katholisches Stadtdekanat Köln
Mensching, Ulrike	Evangelischer Kirchenverband Köln und Region

Sachkundige Einwohnerinnen u. Einwohner nach §§ 22 bis 23 b der Hauptsatzung

Passavanti, Juliane	entsandt von der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Piger, Jürgen	entsandt von der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender (in Vertretung für Herrn Haas)
Ottenberg, Ingrid	entsandt von der Seniorenvertretung der Stadt Köln

Sachkundige Einwohnerinnen u. Einwohner mit beratender Stimme (Fraktionen)

Bauer, Hans-Josef	CDU-Fraktion
Richrath, Simon	CDU-Fraktion
Topp-Burghardt, Daniela	CDU-Fraktion
Binossek, Stephan	FDP-Fraktion
Casser, Catherine	FDP-Fraktion

Vertreterinnen und Vertreter in Köln anerkannter, freier Jugendhilfeträger mit beratender Stimme

Bergmann, Ulrich	Der Paritätische Köln e.V.
Bosbach, Marita	DRK-Kreisverband Köln Jugendrotkreuz (in Vertretung für Herrn Ruda)
Differdange, Ruth	Kath. Familienbildung Köln e.V.
Dopke, Theresia	Kellerladen - Initiative für gemeinsame Arbeit e.V.
Getz, Alfred	Verein zur Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Teilleistungsstörungen -MCD/HKS- e.V.
Schmerbach, Cornelia	Arbeitskreis für das ausländische Kind - AAK e.V.
Grevelhörster, Karin	Zentrum für Frühbehandlung & Frühförderung e.V.
Gross, Almut	Jugendhilfe Köln e.V.
Hildebrand, Andreas	Kath. Jugendagentur Köln gGmbH
Horstkotte-Löffelholz, Christoph	Kölner Spielewerkstatt e.V.
Koerber, Sebastian	Rhein Flanke gGmbH
Kura, Jürgen	Väter in Köln e.V.
Lehmann, Christiane	Handwerkerinnenhaus Köln e.V.
Mahr, Frauke	LOBBY für Mädchen - Mädchenhaus Köln e.V.
Malmen, Maria Elisabeth	Kinderzentrum Porz e.V.
Maurer, Olaf	Schulte-Schmelter-Stiftung

Peters, Markus
Sander-Marx, Sabine
Saxler, Hans-Josef
Schäfer-Remmele, Uwe
Walter, Regine
Welke, Ingrid
Welter, Sabine
Will, Bernd

SKM e.V. Köln
Ev. FBS Köln.
Soziales Zentrum Lino- Club e.V.
Theaterpädagogisches Zentrum e.V.
Progressiver Eltern- und Erzieherverband e.V.
Rom e.V.
Kölner Jugendring e.V.
AG „Offene Tür (in Vertretung für Frau Empacher – AWO Köln e.V.)

Verwaltung

Beigeordnete Dr. Klein, Agnes
Glaremin, Stephan

Dezernentin
Leiter des Amtes für Kinder, Jugend und Familie

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlten

Drescher, Bernhard
Reuther, Bernd
Schlitt, Gabriele
Sinoplu, Ahmet

Polizeipräsidium Köln
Polizeipräsidium Köln, KK 57
Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Coach e.V.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen eröffnet die Sitzung des Jugendhilfeausschusses und begrüßt die Ausschussmitglieder, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Seminars „Stadt Köln – wie funktioniert unser Unternehmen?“ auf der Tribüne sowie die anwesenden, fachkundigen Gäste aus der Verwaltung, die eventuell aufkommende Fragen beantworten können:

- Herr Käufer vom Amt für Kinder, Jugend und Familie, Stabstelle Kita-Bau (-51/1-),
- Herr Pfeuffer von der Stabstelle Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung (IV/2-),
- Herr Mießeler vom Amt für Kinder, Jugend und Familie, Abteilung Allgemeine Verwaltung (-510-),
- Herr Völlmecke vom Amt für Kinder, Jugend und Familie, Abteilung Pädagogische und Soziale Dienste (-511-),
- Frau Baars vom Amt für Kinder, Jugend und Familie, Abteilung Kinderinteressen und Jugendförderung (-512-),
- Herr Betz vom Amt für Kinder, Jugend und Familie, Abteilung Tageseinrichtungen und –betreuung für Kinder (-513-),
- Frau Vossen vom Amt für Kinder, Jugend und Familie, Abteilung Bezirksjugendämter (-515-).
- Für Fragen zu TOP 8.4.2 („Präventionsarbeit zu sexueller Gewalt in Köln stützen“) steht Frau Dahmen vom Amt für Gleichstellung (-I/1-) zur Verfügung.

Mit dem vorgegebenen Text verpflichtet er

- Frau Catherine Casser (FDP-Fraktion).

Er gibt folgende Hinweise der Verwaltung bekannt:

- Die Druckerei hat die folgenden Vorlagen versehentlich unter einer anderen Zuordnung der Tagesordnungspunkte versandt. Sie sind jedoch unter der hier aufgelisteten Zuordnung zu behandeln:
 - Die Vorlage AN/1527/2017 wurde als TOP 7.2.1 versandt und ist unter TOP 6.2.1 zu beraten.
 - Die Vorlage 3171/2017 wurde als TOP 9.4.1 versandt und ist unter TOP 8.4.1 zu beraten.
 - Die Vorlage 2513/2017 wurde als TOP 9.5.5 versandt und ist unter TOP 8.5.5 zu beraten.
- Zu den heutigen Beschlussvorlagen fanden keine Vorberatungen in anderen Gremien statt, so dass auf die Austeilung einer Vorberatungsliste verzichtet werden kann.
- TOP 6.2.1 wird im Rahmen zweier Vorlagen zur Tagespflege beantwortet, die für die Sitzung 28.11.2017 vorgesehen sind.
- Die Beantwortung von TOP 6.1.1 ist für die Sitzung 28.11.2017 in Bearbeitung.

Folgende Vorlagen wurden als **Tischvorlage** ausgeteilt:
TOP zu 4.3 (Antrag zu 2668/2017).

Im Nachgang zur ursprünglich versandten Einladung bittet Herr Bürgermeister Dr. Heinen, noch die Punkte 4.3 und 8.4.2 auf die Tagesordnung aufzunehmen.

Der Jugendhilfeausschuss erklärt sich einstimmig hiermit einverstanden.
Dementsprechend ergibt sich folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Allgemeines

- 1.1 Festlegung der Stimmzähler**
- 1.2 Beschluss über die Teilnahme der Bezirksschülerinnen- und Bezirksschülervertretung am öffentlichen Teil der heutigen Sitzung**
- 1.3 Persönliche Erklärungen nach § 22 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 1.4 Präsentationen**

2 Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

2.1 Trägeranerkennungen nach § 75 Sozialgesetzbuch Achtes Buch

2.1.1 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; gemeinnützige "CK CreaKids Germany GmbH"
2952/2017

2.2 Verteilung von Haushaltsmitteln und Zuschüssen

2.3 Weitere Beschlüsse

3 Beschlussempfehlungen an andere Ausschüsse und Bezirksvertretungen

3.1 Umgestaltung des Spielplatzes Leineweg Ost in Chorweiler-Nord
2839/2017

3.2 Umgestaltung des Spielplatzes Schmalbeinstraße/Innerer Grüngürtel in Köln-Neustadt/Nord
2721/2017

3.3 Umgestaltung des öffentlichen Spielplatzes Frongasse in Köln-Porz-Langel
1446/2017

4 Beschlussempfehlungen an den Rat

4.1 Neuwahl eines stellvertretend stimmberechtigten Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss
2483/2017

4.2 Neuwahl eines beratenden Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss
2487/2017

4.3 Aktionsplan zur Auszeichnung der Stadt Köln als "Kinderfreundliche Kommune"
2668/2017

zu 4.3 Antrag der Vertreterin der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik im Jugendhilfeausschuss zur Vorlage 2668/2017

4.4 Mitteilung über die Benennung eines neuen beratenden Pflichtmitgliedes für den Jugendhilfeausschuss
3185/2017

5 Schriftliche Anträge aus der Politik

5.1 Frühere Anträge

5.2 Neue Anträge

6 Schriftliche Anfragen aus der Politik und von ausschusszugehörigen Trägern der Jugendhilfe

6.1 Frühere Anfragen

6.1.1 Inobhutnahmen durch das Jugendamt
AN/1171/2017

6.2 Neue Anfragen

6.2.1 Förderung der Kindertagespflege
AN/1526/2017

7 Mündliche Anfragen aus der Politik und von ausschusszugehörigen Trägern der Jugendhilfe

7.1 Frühere Anfragen

7.2 Neue Anfragen

8 Mitteilungen der Verwaltung

8.1 Mitteilungen zu Personalien des Jugendhilfeausschusses

8.1.1 Mitgliederwechsel im Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie
2776/2017

8.2 Mitteilungen aus dem Bereich Jugendhilfeplanung und Kindertagesbetreuung

8.2.1 Trägerwechsel der Kindertageseinrichtung "Petruschka", Flittarder Hauptstr.37, 51061 Köln
2792/2017

8.2.2 Dreizehnter Statusbericht zum Ausbau der Kindertagesbetreuung in Köln
3035/2017

8.3 Mitteilungen aus dem Bereich Bezirksjugendämter sowie Pädagogische und Soziale Dienste

8.4 Mitteilungen aus dem Bereich Kinderinteressen, Jugendförderung und Jugendschutz

8.4.1 Tag der Jugend im Rathaus am 07.12.2017
3171/2017

8.4.2 Präventionsarbeit zu sexueller Gewalt in Köln stützen
AN/0930/2017
2544/2017

8.5 Weitere Mitteilungen

8.5.1 Start des Projekts „Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“
2619/2017

8.5.2 Beantwortung der Anfrage von Frau Möller im Rechnungsprüfungsausschuss vom 06.07. 2017
Bezug: Vorlagen 1522/2017 und 1803/2017
2322/2017

8.5.3 Kölner Perspektiven 2030
2794/2017

8.5.4 Sport in Metropolen - Netzwerk Sport und Bewegung Nippes
Mach Sport - Vor Ort - Sportvereine lassen Schüler schnuppern
Rückblick 2017 / Ausblick 2018

Kooperationsprojekt zwischen dem Sportamt / Netzwerk Sport und Bewegung Nippes (Sport in Metropolen), dem StadtBezirks-SportVerband 5 (Köln-Nippes) gemeinsam mit der Sozialraumkoordination Bilderstöckchen, der Gemeinschaftsgrundschule Nibelungenstr., der Katholischen Grundschule Osterather Str., der Katholischen Grundschule Bülowstr. sowie dem Sportsachbearbeiter für den Bezirk Nippes
3006/2017

8.5.5 Unbefristete Weiterführung des Projekts "Optimierung von Früherkennung und Versorgung von Kindern und jungen Menschen mit Zeichen einer psychischen Störung"
2513/2017

8.5.6 Zukunfts- und bedarfsorientiertes Ressourcenmanagement für schutzsuchende Menschen
3217/2017

- 8.5.7 Bericht zur fachärztlichen und sozialen Beratung in den Gemeinschafts- und Notunterkünften der Stadt Köln 2017
3177/2017
- 8.5.8 Jahresbericht 2016 Aufsuchendes Suchtclearing (ASC)
2979/2017

II. Nichtöffentlicher Teil

9 Nichtöffentliche Beschlüsse (Verwaltungsvorlagen)

- 9.1 **Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 9.2 **Beschlussempfehlungen an andere Ausschüsse und Bezirksvertretungen**
- 9.3 **Beschlussempfehlungen an den Rat**

10 Nichtöffentliche Anfragen aus der Politik und von ausschusszugehörigen Trägern der Jugendhilfe

- 10.1 **Neue Anfragen**
- 10.2 **Frühere Anfragen**

11 Nichtöffentliche Mitteilungen

I. Öffentlicher Teil

1 Allgemeines

1.1 Festlegung der Stimmzähler

Als Stimmzähler werden Frau Jahn, Frau Laufenberg und Herr Dr. Schlieben benannt.

1.2 Beschluss über die Teilnahme der Bezirksschülerinnen- und Bezirksschülervertretung am öffentlichen Teil der heutigen Sitzung

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt die Teilnahme der Bezirksschülerinnen – und der Bezirksschülervertretung am öffentlichen Teil der heutigen Sitzung.

Abstimmungsergebnis:

- 15 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtportbund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

1.3 Persönliche Erklärungen nach § 22 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Es werden keine persönlichen Erklärungen abgegeben.

1.4 Präsentationen

In der heutigen Sitzung werden keine Präsentationen vorgestellt.

2 Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

2.1 Trägeranerkennungen nach § 75 Sozialgesetzbuch Achtes Buch

- 2.1.1 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; gemeinnützige "CK CreaKids Germany GmbH"
2952/2017

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, die gemeinnützige „CK CreaKids Germany GmbH“, Geschäftsanschrift: Bismarckstr. 11-13, 50672 Köln als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 Absatz 1 SGB VIII anzuerkennen.

Die Anerkennung ist zunächst für 2 Jahre befristet.

Abstimmungsergebnis:

- 15 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsporthund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

2.2 Verteilung von Haushaltsmitteln und Zuschüssen

Es stehen keine Beschlussvorschläge zur Verteilung von Haushaltsmitteln und Zuschüssen zur Abstimmung.

2.3 Weitere Beschlüsse

Es stehen keine weiteren Beschlussvorschläge zur Abstimmung.

3 Beschlussempfehlungen an andere Ausschüsse und Bezirksvertretungen

Herr Bürgermeister Dr. Heinen macht darauf aufmerksam, dass der Jugendhilfeausschuss hier das beratende Gremium und die Bezirksvertretung in ihrer lokalen Zuständigkeit das beschließende Gremium sei.

Frau Passavanti meldet Fragen zu jeder der drei Beschlussempfehlungen an die Bezirksvertretungen unter Tagesordnungspunkt 3 an. Gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention vom 13.12.2006, Art. 30, Abschnitt 5, ist Kindern mit Behinderungen eine gleichberechtigte Teilnahme an Spiel, Erholung, Freizeit- und Sportaktivitäten zu ermöglichen.

Bei Sichtung der Unterlagen habe sie nur eine entsprechende Markierung auf dem Spielplatz Chorweiler gefunden. Dort werde auf eine Partnerschaukel hingewiesen. Die Spielplätze in der Schmalbeinstraße / Innerer Grüngürtel sowie der Spielplatz Frongasse seien ohne Kennzeichnung in Bezug auf eine behindertengerechte Ausstattung. Sie bittet um eine Stellungnahme.

Frau Baars erklärt dazu, dass alle Spielplätze grundsätzlich zukünftig inklusiv ausgerichtet seien. Die Bestandsspielplätze werden sukzessive nachgerüstet.

3.1 Umgestaltung des Spielplatzes Leineweg Ost in Chorweiler-Nord 2839/2017

Frau Passavanti bittet um eine Anpassung der Schaukel des Spielplatzes Leineweg Ost an den vorgesehenen Standard.

Frau Baars sagt dies zu.

Frau Kessing fragt zu dem Spielplatz Leineweg Ost, ob die dortige Sitzgruppe tatsächlich unterfahrbar sei.

Frau Baars bejaht dies und verweist auf die Ungenauigkeit der Zeichnung, die dies lediglich optisch nicht wiederspiegele.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – empfiehlt der Bezirksvertretung, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Bezirksvertretung Chorweiler beauftragt die Verwaltung, die Umgestaltung des Spielplatzes Leineweg Ost in Köln-Chorweiler-Nord mit den Gesamtkosten in Höhe von 175.000,00 Euro brutto durchzuführen.

Die zur Umsetzung erforderlichen Haushaltsmittel stehen im Teilfinanzplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit, Teilplanzeile 8 (Auszahlungen für Baumaßnahmen) unter der Finanzstelle 5100-0604-0-2002, Spielplätze, zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

- 14 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsporbund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- 1 Enthaltung: Fraktion Die Linke.

Einstimmig zugestimmt.

3.2 Umgestaltung des Spielplatzes Schmalbeinstraße/Innerer Grüngürtel in Köln-Neustadt/Nord 2721/2017

Frau Dr. Butterwegge berichtet zu Top 3.2, der den Spielplatz Schmalbeinstraße / Innerer Grüngürtel betrifft, dass in den Unterlagen keinerlei Hinweise zu Auffindbarkeit, Zugänglichkeit sowie Nutzbarkeit gemäß dem Kölner Handlungskonzept zur Behinderten-Politik zu finden seien. Sie fragt, inwiefern diese bei der Planung berücksichtigt werden.

Frau Baars antwortet Frau Dr. Butterwegge, dass dies bereits Standard sei und umgesetzt werde, auch wenn es nicht detailliert beschrieben werde.

Frau Passavanti bittet auch hier um die Anpassung der Schaukel an die Bedürfnisse motorisch eingeschränkter Kinder.

Herr Glaremin sagt dies zu.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Jugend, Kinder und Familie – empfiehlt der Bezirksvertretung, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Bezirksvertretung Innenstadt beauftragt die Verwaltung, die Umgestaltung des Spielplatzes Schmalbeinstraße im Inneren Grüngürtel in Köln-Neustadt/Nord mit Gesamtkosten in Höhe von 138.000 Euro durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

- 15 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- 1 Enthaltung: Fraktion Die Linke.

Einstimmig **zugestimmt**.

**3.3 Umgestaltung des öffentlichen Spielplatzes Frongasse in Köln-Porz-Langel
1446/2017**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Jugend, Kinder und Familie – empfiehlt der Bezirksvertretung, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Bezirksvertretung Porz beauftragt die Verwaltung die Umgestaltung des öffentlichen Spielplatzes Frongasse in Köln-Porz-Langel mit Gesamtkosten in Höhe von 220.000 Euro durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

- 15 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig **zugestimmt**.

4 Beschlussempfehlungen an den Rat

**4.1 Neuwahl eines stellvertretend stimmberechtigten Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss
2483/2017**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat wählt

Frau Katrin Ackermann (Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V.)

gemäß §§ 71 Abs. 1 Ziff. 2 SGB VIII, 4 II 1. AG-KJHG als stellvertretend stimmberechtigtes Mitglied für Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. in den Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie -.

Frau Ackermann wird die persönliche Vertretung für Frau Blum-Maurice wahrnehmen. Frau Komke-Söntgerath verliert damit ihre Stellung im Jugendhilfeausschuss.

Abstimmungsergebnis:

- 15 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig **zugestimmt**.

**4.2 Neuwahl eines beratenden Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss
2487/2017**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie - empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat wählt als Nachfolger von Frau Sarah van Dawen-Agreiter (beratendes Mitglied des Kölner Jugendring e.V.)

Herrn Marvin Stutzer (Kölner Jugendring e.V.)

in den Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie.

Frau Sabine Welter behält ihre Position und wird die persönliche Stellvertretung für Herrn Stutzer wahrnehmen. Frau Sarah van Dawen-Agreiter verliert damit ihre Position im Jugendhilfeausschuss.

Abstimmungsergebnis:

- 15 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig **zugestimmt**.

4.3 Aktionsplan zur Auszeichnung der Stadt Köln als "Kinderfreundliche Kommune"

2668/2017

Herr Bürgermeister Dr. Heinen erinnert, dass er vor sechs Jahren als Ausschussvorsitzender mit dem Jugendamt nach Berlin gefahren sei, um das Interesse an der Auszeichnung der Stadt Köln als "Kinderfreundliche Kommune" zu bekunden. Nun liege die Ausarbeitung dazu vor.

Man müsse bedenken, dass das Siegel einen Prozess, und nicht ein Ergebnis zertifiziere. Es zeichne eine Entwicklungslinie. Bisher sei Köln die einzige Millionenstadt, die dieses Siegel erhalte. Das vorliegende Papier enthalte eine Abstimmung zu einzelnen Themenfeldern. Bei der Sichtung sehe man die gewaltige Leistung, die diese Stadt auf vielen Gebieten für Kinder und Jugendliche vollbringe.

Allgemein stelle man sich unter dem Titel "Kinderfreundliche Kommune" vermutlich Freizeitaktivitäten wie beispielsweise einen Streichelzoo vor. Das Konzept gehe aber mit der Förderung von Kinderrechten und Partizipation weit darüber hinaus. Die Entwicklung der Kinderrechte und der Partizipation sei bereits weit fortgeschritten, wie man an der Jugendbefragung im nächsten Jahr, sowie dem kooperativen Jugendbüro sehe.

Er macht darauf aufmerksam, dass eine kinderfreundliche Kommune jedoch auch eines entsprechenden Wohnumfelds, eines ausreichendes Kita-Angebots, Schulklassen in zumutbarer Schülerstärke bedürfe, auch wenn dies im Papier nicht explizit formuliert werde. Das Label unterscheide sich somit von dem, was man landläufig darunter vermute.

Frau Beigeordnete Dr. Klein weist darauf hin, dass der Beschluss des Rates von der siegelvergebenden Institution für die Siegelverleihung gefordert werde. Vor einigen Wochen sei das Konzept bereits im Verwaltungsvorstand gemeinsam mit Frau Oberbürgermeisterin Reker verabschiedet worden. Im Anschluss an den Ratsbeschluss könne es zur Siegelverleihung kommen.

Das vorliegende Konzept sei als Grundlage weiterzuentwickeln, es sei nicht in Erz gegossen. Es habe eine breite politische Unterstützung aus diesem Ausschuss zu den Bemühungen der Stadt Köln gegeben, die erste Großstadt zu sein, die das Siegel erhalte. Im November gebe es eine abschließende Beratung in Berlin mit der Sachverständigenkommission. Man gehe davon aus, das Siegel zu erhalten, da es im Vorfeld umfassende Abstimmungsgespräche gegeben habe. In der Folge wird es eine Öffentlichkeitskampagne geben, die das Konzept bekannt machen werde. Dabei werde man unter anderem auf City-Poster zurückgreifen. Die Kick-off Veranstaltung werde am 20.02.2017 in der Piazzetta stattfinden. Sie bittet, den Termin vorzumerken.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen sieht den Jugendhilfeausschuss als Treiber in der Frage der Verankerung der Kinderrechte und der Partizipationsrechte in der Kölner Stadtordnung. Anders als bisher, soll Kinderpartizipation verstärkt in den Projekten der Stadtentwicklung ermöglicht werden. Hier seien einfache Maßnahmen, wie beispielsweise das Sammeln und Aufgreifen der wertvollen Ideen der Schülerinnen und Schüler gemeint. Dieser Prozess sei noch nicht weit fortgeschritten. Dabei handele es sich um einen integrierten Bestandteil des Konzepts, den die Auszeichnung zur "Kinderfreundliche Kommune" vorsehe. Es stehe diesbezüglich noch umfassende Prozessarbeit an. Herr Bürgermeister Dr. Heinen bittet die Fraktionen, die entsprechenden Maßnahmen für die Realisierung der Partizipation zu ergreifen.

Frau van Dawen-Agreiter weist darauf hin, dass man geltendes Recht umsetze. Sie lobt, dass die Stadt als Vorbild vorgehe und gleichzeitig eine Verpflichtung eingehe. Der Jugendhilfeausschuss sei der Motor für eine eigenständige Jugendpolitik. Sie möchte den Vorrang des Kindeswohls hervorheben. Es gehe bei diesem nicht immer um Partizipation. Kindeswohl sei nicht nur auf Partizipation, sondern auch auf Kinderschutz ausgerichtet. Sie freue sich auf den Prozess.

Herr Pöttgen berichtet von einer zwiespältigen Diskussion im Arbeitskreis. Auf der einen Seite sei es als Signal, dass die Stadt sich um die Jugend- und Kinderfreundlichkeit kümmere, zu werten. Auf der anderen Seite habe sich die Frage gestellt, ob man dazu 90 Seiten Papier brauche. Er warne davor, die Auszeichnung zur Kinderfreundlichen Kommune wie eine Monstranz vor sich her zu tragen. Der Jugendhilfeausschuss sei entscheidend an der Entwicklung des Konzepts beteiligt gewesen, das nun gelebt werden müsse. Es verhalte sich ähnlich wie mit dem Kinder- und Jugendförderplan, den man in jeder Ausschusssitzung im Blick haben müsse, um die Stadt kinder- und jugendfreundlicher zu gestalten. Er bittet darum, in einem gemeinsamen Dialog zu bleiben, denn es stehe umfangreiche Arbeit an. Er macht darauf aufmerksam, dass der Vorrang des Kindeswohls in anderen Ausschüssen nicht selbstverständlich sei. Daher schließt er sich der Bitte von Herrn Bürgermeister Dr. Heinen an, sich auch in den anderen Ausschüssen für die Belange der Kinder und Jugendlichen einzusetzen.

Frau Kessing hebt hervor, dass das Konzept als Anfang eines Prozesses geplant sei. Die Ausschüsse müssen sich dem Thema neu stellen. Es werde der Beharrlichkeit der Verwaltung und des Jugendhilfeausschusses bedürfen, das Projekt dauerhaft und erfolgreich zu installieren. Bei aller Wertschätzung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen dürfe man die Kinderarmut nicht aus dem Blick verlieren. Zu der Frage der Kinderrechte müsse man das Augenmerk auf die Schule und den Bereich des Offenen Ganztags richten, da sich Kinder und Jugendliche dort überwiegend aufhalten. Im Ausschuss für Schule und Weiterbildung müsse man sich damit intensiv befassen. Ein kleiner Schritt in diese Richtung sei die Stärkung der Bezirksschülerinnen- und Bezirksschülervertretung gewesen.

Frau Dr. Butterwegge spricht der Verwaltung ihr Lob für das umfassende Konzept aus. Sie kritisiert jedoch, dass eine Vielzahl an Maßnahmen migrations- und inklusionsblind sei. Für eine bessere Einschätzung der Kinderarmut in den Sozialräumen möchte sie wissen, welche Stadtteile einen hohen Kinderzuwachs, eine hohe Anzahl an Kindern in prekären Lebenslagen, sinkende oder steigende Sozialleistungsbezüge aufweisen. Auf diese Weise könne eine Priorisierung der Teilräume erfolgen, die sich verschlechtern. Weiter fragt sie, wann das angekündigte regelmäßige indikatorengestützte Analyse-Modell dem Jugendhilfeausschuss zur Beratung vorgelegt werde. Zu dem Monitoring-Prozess wünscht sie sich die Möglichkeit der Nachsteuerung.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen weist an dieser Stelle auf den Antrag von Frau Passavanti, im Sinne der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, hin.

Frau Laufenberg begrüßt den Aktionsplan im Namen der FDP-Fraktion. Sie freue sich diesen Weg zu beschreiten. Sie merkt jedoch an, dass die Stadt Köln den Aktionsplan, Köln solle die kinderfreundlichste Stadt Deutschlands werden, bereits im Jahr 2010 ausgerufen habe. Das Ziel sei klar verfehlt worden. Umso mehr freue es die FDP-Fraktion, dass das Thema 2013 erneut eingebracht worden sei, um diese Zielsetzung überfraktionell im Jahr 2018 zu erreichen. Im Anschluss an umfangreiche Vorgespräche und Diskussionen sei mit dem Thema Partizipation ein erster Schwerpunkt gesetzt worden.

Sie bittet in der Anlage des Aktionsplans zwei Änderungen vorzunehmen:

Unter Punkt 2.3.2 (Seite 26) geht sie von einem Fehler der Verwaltung aus. Es sei nicht beschlossen worden, in allen Stadtbezirken die Einrichtung von Jugendparlamenten zu prüfen. Man habe beschlossen, den Tag der Jugend auf die Bezirke mit eigenem Budget auszuweiten. Als Kompromiss bietet sie die Prüfung eines Jugendparlaments auf kommunaler Ebene an.

Die zweite redaktionelle Änderung betrifft den Begriff „Kinderheim“, der durch den zeitgemäßen Terminus „Einrichtung der stationären Jugendhilfe“ ersetzt werden solle.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen sagt eine Korrektur zu. Die Änderungen seien unstrittig. Es werde sich zeigen, wie der Tag der Jugend weiterentwickelt werde. Verschiedene Ansätze seien denkbar. Wichtig sei es, die Vertretung der Bezirksschülerinnen und Bezirksschüler dabei hinzuziehen, da sie den größten nicht organisierten Anteil der Schülerschaft erreiche.

Frau Passavanti dankt der Verwaltung für die Ausarbeitung des Konzepts. Sie merkt an, dass der Begriff „Lagerrat“ (S. 69) nicht gut gewählt und somit korrekturbedürftig sei.

Sie stellt einleitend fest, dass die aufgeführten Maßnahmen grundsätzlich von allen Kindern sprechen. Kinder und Jugendliche mit Behinderung werden nicht explizit berücksichtigt. Die Kinderrechtskonvention mache in Art. 23 jedoch eine klare Aussage zu der Förderung behinderter Kinder.

Sie zitiert: *“Die Vertragsstaaten erkennen an, dass ein geistig oder körperlich behindertes Kind ein erfülltes und menschenwürdiges Leben unter Bedingungen führen soll, welche die Würde des Kindes wahren, seine Selbstständigkeit fördern und seine aktive Teilnahme am Leben der Gemeinschaft erleichtern.“*

Sie beziehe sich zudem auf Absatz 3 und zitiert:

“[...] In der Anerkennung der besonderen Bedürfnisse eines behinderten Kindes Erholungsmöglichkeiten so zu gestalten, dass dem behinderten Kind tatsächlich in seiner Weise diese zugänglich sind, die es ihm ermöglichen, an der sozialen Integration teilzunehmen und individuelle Entfaltung des Kindes einschließen und seiner kulturellen und geistigen Entwicklung förderlich sind.“

Bei Beschluss des Maßnahmenkatalogs müsse dieser Inhalt berücksichtigt werden. Es stelle sich die Frage, ob die aufgeführten Maßnahmen vor diesem Hintergrund explizit genug formuliert seien. Frau Passavanti wirft die Frage in den Raum, ob ein barrierefreier Zugang ausreiche, um den Bedürfnissen sinnes- und geistig behinderter Kinder gerecht zu werden. Ein barrierefreier Zugang beinhalte nicht einfach eine Rampe. Dazu müssen Konzepte entwickelt werden, die in den aufgeführten Maßnahmen nur ungenügend enthalten seien. Daher habe sie sich in Absprache mit der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zu diesem Antrag entschieden.

Frau Passavanti begrüßt die Bemühungen der Stadt Köln um den Erhalt des Siegels „Kinderfreundliche Kommune“. Es bedeute für die Stadt Köln, die eigene Kinderfreundlichkeit nach internationalen Standards zu steigern und öffentlich zu machen. Der vorliegende Aktionsplan beschreibe Wege im Sinne der Kinder und Jugendarbeit.

Sie kritisiert, dass dabei die Belange der Kinder und Jugendlichen mit einer Behinderung nicht angemessen berücksichtigt werden. In 59 Maßnahmen werden zum Thema Teilhabe und Schutz der Kinder und Jugendlichen mit einer Behinderung, diese nur kurz erwähnt. Daher befürchte sie, dass der Antrag der Stadt Köln für die Auszeichnung als kinderfreundliche Stadt ohne die explizite Berücksichtigung der Kinder und

Jugendlichen mit Behinderung im Aktionsplan beschlossen werde.

Daher beantrage sie wie folgt zu beschließen:

Der Aktionsplan „Kinderfreundliche Kommune“ solle derart überarbeitet werden, dass auch die Interessen von Kindern und Jugendlichen mit einer Behinderung auf kindlichen Schutz und Teilhabe angemessen dargestellt werden und im Maßnahmenkatalog aufgenommen werden. Dabei seien die Behindertenorganisationen aus der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik als Sachkundige in eigener Angelegenheit zu beteiligen.

Herr Clemens lobt das Engagement für Kinder und Jugendliche der Stadt. In diesem Fall handele es sich nicht nur um Logo. Im Vorfeld seien im Rahmen der Diskussionen zum Partizipationspapier Grundlagen geschaffen worden. Er sehe jedoch die Gefahr, dass mit der Vielzahl der eingeleiteten Maßnahmen der Überblick verloren gehe. Das Partizipationsprojekt, die Auszeichnung zur kinderfreundlichen Kommune sowie das Projekt Starke Veedel seien hier nur drei von vielen Bausteinen. Die Komplexität des Ganzen müsse mit einem fachgerechten Monitoring durch den Jugendhilfeausschuss begleitet werden. Um Doppelstrukturen zu vermeiden, schlägt er eine Prioritätensetzung vor.

Weiter merkt er an, dass er sich mit dem Begriff Kinderarmut schwer tue, denn hinter jedem armen Kind stehen arme Eltern. Um diese Kinder zu erreichen, müsse familiengerecht agiert werden.

Abschließend erklärt er, dass er Frau Passavantis Einwand zu dem Begriff „Lagerrat“ für gerechtfertigt halte.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen erinnert daran, dass die Flut und die Parallelität städtischer Maßnahmen vor Jahren bereits diskutiert worden sei. Damals seien Übersichten in Papierform eingeführt worden, die man aufgrund der Papiermenge wieder abgesetzt habe. Trotzdem sei die Frage des Monitoring und der Doppelstrukturen wegen der thematischen Überschneidung vieler Ausschüsse wichtig. Eine Lösung dieses Problems sei bisher nicht gefunden worden.

Herr Clemens verweist in diesem Zusammenhang auf die Stadtteilkoordinatoren, die entsprechend zu instruieren seien.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen erinnert an dieser Stelle an den Lenkungsausschuss.

Herr Dr. Schlieben merkt an, dass die Abstimmung des Inhalts abgeschlossen und man im Konsens sei. Er schlage vor, die Beschlussvorlage mitsamt den Anlagen heute zu beschließen. In der folgenden Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 28.11.2017 solle die Beschlussvorlage erneut aufgerufen werden, um die Beratungsergebnisse der anderen Gremien miteinzubeziehen. Es bestehe dann immer noch die Möglichkeit, Änderungen einzubringen.

Das bedeute, dass man die Beschlussvorlage mit den Änderungsanträgen von Frau Laufenberg und Frau Passavanti beschließen. Er schlägt vor, Frau Passavantis Antrag zu verwenden.

Darin solle die 1. Zeile gestrichen werden, und die darin enthaltene Aussage

“ [...] die Interessen von Kindern und Jugendlichen mit einer Behinderung auf kindlichen Schutz und Teilhabe sollen im Prozess dargestellt und im Maßnahmenkatalog aufgenommen werden.“

solle in den Verwaltungsvorschlag integriert werden.

Er weist darauf hin, dass der Haushalt 2018 nun beschlossen und somit die zugrundeliegende Finanzierung in Höhe von 320.000 Euro gesichert sei. Diese Leistung habe man gemeinsam vollbracht.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen erachtet die Änderungswünsche von Frau Laufenberg als unproblematisch, zumal Einigkeit dazu bestehe. Der Änderungsantrag von Frau Passavanti werde entsprechend aufgegriffen.

Frau Beigeordnete Dr. Klein fasst zum Verfahren zusammen, dass der Jugendhilfeausschuss mit Änderungen beschließe. In einer weiteren Sitzung des Jugendhilfeausschusses werde die Vorlage mit einer geänderten Fassung erneut aufgerufen. Man müsse darauf Acht geben, dass die Vorlage noch den Rat erreiche.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen stellt fest, dass die Vorlage in der besprochenen Form in der heutigen Sitzung beschlossen werde. In der Folge werde man die Beratungen der nachfolgenden Gremien abwarten, die gegebenenfalls in einer weiteren Sitzung des Jugendhilfeausschusses diskutiert werden.

Frau Baars sagt zu, den Begriff "Kinderheim" zu ersetzen. Der Begriff "Lagerat" sei in der Empfehlung zur "Kinderfreundlichen Kommune" vorgegeben.

An Frau Laufenberg gewandt, stellt sie klar, dass es sich auf Seite 26 der Anlage um die wiedergegebenen Empfehlungen des Kinderfreundlichen Kommune e.V. handele. Die Stadtverwaltung beabsichtige nicht, zwingend in jedem Bezirk Jugendparlamente einzurichten.

Frau van Dawen-Agreiter weist darauf hin, dass es sich bei dem Begriff "Lagerat" um einen historisch gewachsenen Begriff aus der Zeltlagerdemokratie der Kinderrepubliken handele. Man könne diesbezüglich durchaus von den Anfängen der Partizipation von Kindern zu Beginn des 20. Jahrhunderts sprechen.

Herr Pfeuffer weist, an Frau Dr. Butterwegge und Frau Kessing zum Thema Kinderarmut gerichtet, auf eine für die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 28.11.2017 vorgesehene Vorlage zum Sachstand des Landesprogramms Kommunale Präventionsketten (früherer Titel: Kein Kind zurücklassen) hin. Er bietet einen Bericht zur Kinderarmut in Verknüpfung mit dem Thema kommunale Präventionsketten gegen Mitte des Jahres 2018 an.

Frau Passavanti fragt, wie die Verwaltung beabsichtige, den Sachverstand zu den Belangen der behinderten Kinder und Jugendlichen in die Maßnahmenplanung mit einzubinden.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen betont, dass es sich bei der Maßnahmenplanung um einen Prozess handele, der offen für Anregungen und Änderungen sei.

Herr Glaremin schlägt vor, dass Frau Passavanti selbst oder die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an das Steuerungsgremium angebunden werden solle.

Frau Passavanti befindet den Vorschlag für gut und bittet, Herrn Dr. Bell als Vertreter der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik einzubinden.

Herr Gümüs lobt, dass die Partizipation bereits im Kita-Alltag der Kinder einsetze. Ihm falle jedoch auf, dass das Thema Kinder und Jugendliche im Verkehr bisher nicht behandelt worden sei. Das Kindeswohl und der Schutz der Kinder und Jugendlichen werden in der Vorlage angesprochen. In der Realität sei man jedoch mit dem Thema Luftqualität und überschrittenen Grenzwerten konfrontiert. Nach Meinung von Kinderärzten müsse man die Einhaltung dieser Grenzwerte sogar erzwingen. Mittel der Wahl seien Verbote oder aber Anreize. Der Umstieg auf den öffentlichen Nahverkehr stelle leider bisher keinen Anreiz dar, wenn man an die Preisgestaltung der Tickets der örtli-

chen Verkehrsbetriebe denke. Seit 2010 habe Köln einen Zuwachs von 30.000 Autos zu verzeichnen. Es sei wichtig, jetzt politisch zu handeln, und nicht erst dann, wenn die Gerichte Zwang ausüben.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen stellt fest, dass das Thema Kinderfreundlichkeit sehr weit reiche, während Zertifizierung nur einen bestimmten Bereich betreffe. Die Priorität liege auf Kinderrechten und der Partizipation von Kindern und Jugendlichen.

Abschließend erklärt er, dass man das Ansinnen Frau Passavantis übernehme. Weiter erhalte die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik die Mitsprache im entsprechenden Lenkungsgrremium. Im Protokoll sei aufzuführen, dass die Empfehlung der Einrichtung von Jugendparlamenten nicht starr übernommen werde. Ebenso seien die redaktionellen Änderungen zu den Begriffen "Kinderheim" und "Lagerrat" zu vermerken.

Zunächst stellt **Herr Bürgermeister Dr. Heinen** den Antrag der Vertreterin der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik unter Berücksichtigung der von Herrn Dr. Schlieben vorgeschlagenen Änderungen zur Entscheidung:

Geänderter Beschluss (Änderungen *kursiv* markiert):

Der nachfolgende Passus soll in den Beschluss über die Verwaltungsvorlage mitaufgenommen werden:

„Der Aktionsplan „Kinderfreundliche Kommune“ soll so überarbeitet werden, dass auch Die Interessen von Kindern und Jugendlichen mit einer Behinderung auf kindlichen-Schutz und Teilhabe werden angemessen dargestellt werden und im weiteren Prozess im Maßnahmenkatalog aufgenommen werden.

Dabei sind die Behindertenorganisationen aus der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik als Sachkundige in eigener Angelegenheit zu beteiligen.“

Abstimmungsergebnis:

- 15 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDkJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Der als Tischvorlage ausgeteilte Antrag liegt der Niederschrift nicht nochmals als Anlage bei.

Schließlich stellt er die Beschlussvorlage zu Beschluss.

Geänderter Beschluss (Änderungen *kursiv* markiert):

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Köln nimmt den Aktionsplan „Kinderfreundliche Kommune“ zur Kenntnis und beschließt dessen Umsetzung ab Januar 2018. Bei der Umsetzung wird die Priorität auf Maßnahmen zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen gelegt.

Die Interessen von Kindern und Jugendlichen mit einer Behinderung auf kindlichen Schutz und Teilhabe werden angemessen dargestellt und im weiteren Prozess im Maßnahmenkatalog aufgenommen. Dabei sind die Behindertenorganisationen aus der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik als Sachkundige in eigener Angelegenheit zu beteiligen.

Ebenso wird die Verwaltung beauftragt, im Text des Aktionsplans redaktionelle Änderungen vorzunehmen: die Begrifflichkeiten "Kinderheim" und "Lagerrat" sind durch zeitgemäße Termini zu ersetzen.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von 312.500 Euro stehen im Teilergebnisplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit – vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2018 – zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

- 15 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsportbund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Die Ausführungen auf Seite 26 des Aktionsplans, so auch der Punkt „Jugendparlamente“, wurden aus den Empfehlungen des Kinderfreundliche Kommune e.V. übernommen. Die Verwaltung bestätigt, dass dies nicht die Intention beinhaltet, Jugendparlamente in jedem Bezirk zu installieren.

zu 4.3 Antrag der Vertreterin der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik im Jugendhilfeausschuss zur Vorlage 2668/2017

Der Antrag der Vertreterin der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik im Jugendhilfeausschuss zur Vorlage 2668/2017 wurde unter Tagesordnungspunkt 4.3 behandelt.

4.4 Mitteilung über die Benennung eines neuen beratenden Pflichtmitgliedes für den Jugendhilfeausschuss

3185/2017

Beschluss:

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Synagogengemeinde Köln

Herrn Dr. Simon Reich

und

Herrn Dr. Felix Schotland als seinen Vertreter

anstelle des bisherigen, beratenden Mitgliedes Frau Bettina Levy als beratendes Pflichtmitglied für den Jugendhilfeausschuss benannt hat.

Abstimmungsergebnis:

- 15 Zustimmungen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend im Stadtsporthund Köln e. V. (1)
- keine Gegenstimmen
- keine Enthaltungen

Einstimmig zugestimmt.

5 Schriftliche Anträge aus der Politik

5.1 Frühere Anträge

Es liegen keine früheren Anträge aus vorangegangenen Sitzungen des Jugendhilfeausschusses vor.

5.2 Neue Anträge

In dieser Sitzung des Jugendhilfeausschusses werden keine neuen schriftlichen Anträge gestellt.

6 Schriftliche Anfragen aus der Politik und von ausschusszugehörigen Trägern der Jugendhilfe

6.1 Frühere Anfragen

6.1.1 Inobhutnahmen durch das Jugendamt AN/1171/2017

Die Beantwortung wird auf die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 28.11.2017 vertagt.

6.2 Neue Anfragen

6.2.1 Förderung der Kindertagespflege AN/1526/2017

Herr Bürgermeister Dr. Heinen erinnert daran, dass man einstimmig den Vorrang der institutionellen Betreuung gegeben habe. Da der Bedarf durch die institutionelle Betreuung bisher nicht gedeckt werden könne, habe man sich auf ein 20/80 Verhältnis geeinigt. Aufgrund der steigenden Kinderzahlen werde diese Quote auch über die Befristung hinaus weiterverfolgt. Es sei noch ein weiter und anstrengender Weg bis zum Erreichen der Zielquote von 50 Prozent in der U3-Betreuung.

Frau Beigeordnete Dr. Klein verweist auf eine Vorlage zur Förderung der Kindertagespflege, die für die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 28.11.2017 vorgesehen sei. Eine Entfristung sei vorzunehmen, da man weder auf einen einzigen Platz in der Tagespflege noch in der Kita verzichten könne. Man setze in Abstimmung mit den Trägern aufgrund der stark steigenden Geburtenzahlen weiter auf den Ausbau der Tagespflege. Das Bundesverwaltungsgericht habe den gleichrangigen Charakter der Tagespflege und Kita zur Erfüllung des Rechtsanpruchs bestätigt.

Ein weiterer Schritt sei eine Vorlage, in der eine Förderung der Großtagespflegen vorgeschlagen werde. Laut den Ergebnissen der Elternbefragung stelle die Großtagespflege eine gute Alternative zu einem Kita-Platz dar. Die Großtagespflege solle an kitaerfahrene Träger angebunden werden. Sie hoffe, diese beiden Vorlagen in der nächsten Sitzung als Tandem präsentieren zu können.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen erachtet den Hinweis der formalen Rechtsgleichheit von Tagespflege und Kita als wichtig. Es gebe Unterschiede, die jeder anders bewerte. Die politische Richtung sei dazu festgelegt worden. Die Großtagespflege biete in der Betreuungskontinuität eine Hilfe.

7 Mündliche Anfragen aus der Politik und von ausschusszugehörigen Trägern der Jugendhilfe

7.1 Frühere Anfragen

Es liegen keine früheren Anfragen aus vorangegangenen Jugendhilfeausschusssitzungen vor.

7.2 Neue Anfragen

Es werden keine neuen mündlichen Anfragen von der Politik und von ausschusszugehörigen Trägern der Jugendhilfe gestellt.

8 Mitteilungen der Verwaltung

8.1 Mitteilungen zu Personalien des Jugendhilfeausschusses

8.1.1 Mitgliederwechsel im Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie 2776/2017

Die Mitteilung wird ohne Wortbeitrag zur Kenntnis genommen.

8.2 Mitteilungen aus dem Bereich Jugendhilfeplanung und Kindertagesbetreuung

8.2.1 Trägerwechsel der Kindertageseinrichtung "Petruschka", Flittarder Hauptstr.37, 51061 Köln 2792/2017

Auch diese Mitteilung wird ohne Wortbeiträge zur Kenntnis genommen.

8.2.2 Dreizehnter Statusbericht zum Ausbau der Kindertagesbetreuung in Köln 3035/2017

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen informiert an dieser Stelle den Jugendhilfeausschuss, dass Herr Käufer die Nachfolge von Herrn Tappert (-51/1-, Stabstelle Kita-Bau) angetreten habe. Er merkt an, dass die Kontinuität der Arbeit in der Stabstelle gewahrt bleibe, da Herr Käufer bereits eingearbeitet sei. Da Herr Käufer an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen, könne er leider nicht persönlich vorgestellt werden.

Frau Beigeordnete Dr. Klein merkt an, dass man sich trotz des kontinuierlichen Ausbaus zur Zeit bei 40 Prozent Bedarfsdeckung im U3-Bereich befinde. Der Kita-Ausbau werde weiterhin forciert werden müssen. Eine Schlagzahl von 20 neu errichteten Kitas pro Kita-Jahr sei anvisiert. Die steigenden Geburtenzahlen erzwingen den weiteren Kita-Ausbau.

Sie setze sehr auf das Engagement der freien Träger. Durch die Abfederung des Trägeranteils durch die Landesregierung im Hinblick auf die Finanzierung, komme es zu einer Beschleunigung des Kita-Baus und Aktivierung weiterer Kräfte. Von der Trägerseite habe sie diesbezüglich bereits positive Signale erhalten.

Frau Laufenberg dankt der Verwaltung für den Bericht. Die FDP-Fraktion begleite diesen Prozess konstruktiv. Es sei ihr bekannt, dass die Situation in anderen Kommunen gravierender sei. In Köln habe man den Kita-Ausbau frühzeitig aktiv angegangen. Sie schließt sich Frau Beigeordneter Dr. Klein darin an, dass der Kita-Ausbau nicht abgeschlossen sei, und weist darauf hin, dass 60 Prozent Bedarfsdeckung in Großstädten eine zeitgemäße Zielsetzung sei.

Sie hebt besonders hervor, dass die FDP-Fraktion immer ein Auge auf die Mehrsprachigkeit von Kitas habe. Daher vermisse sie in den Statusberichten die Angaben zu den in den Kitas gesprochenen Sprachen. Die Förderung von Bilingualität in der Kita bei Bedarf sei vereinbart worden. Durch die fehlenden Angaben zu der Mehrsprachigkeit im vorliegenden Bericht, ließe sich die Umsetzung nicht ablesen, so Frau Laufenberg. Es werde sie freuen, in diesem Punkt intensiver in den Dialog zu kommen.

Frau Beigeordnete Dr. Klein sagt eine Auflistung mehrsprachiger Kitas zu. Sie betont jedoch, dass das drängendste Problem die Schaffung von Kita-Plätzen darstelle. An Frau Laufenberg gewandt, verweist sie auf das Beispiel des Trägerwechsels einer mehrsprachigen Kita in der heutigen Sitzung. In diesem Fall sei es zu einem Trägerwechsel gekommen, weil das multilinguale Angebot vor Ort nicht ausreichend angenommen worden sei. Mehrsprachigkeit müsse sich ergeben. Sie entstehe nicht durch Direktive der Verwaltung, sondern aus der Initiative der Elternschaft.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen betont in Bezug zu Frau Laufenbergs Wortbeitrag, dass alle Fraktionen vereint an dieser Aufgabe arbeiten. Es sei in keiner Weiser ein parteipolitisch gebundenes Thema.

Frau Dr. Butterwegge dankt für den umfangreichen Bericht und die darin enthaltenen „ungeschminkten Einsichten“. Die aufgearbeitete Datenlage lasse sie regelmäßig verzweifeln, da bei den steigenden Geburtenzahlen keine Besserung in Sicht sei. Den guten Daten müssen gute Taten folgen, so Frau Dr. Butterwegge.

In Bezug auf das Thema Tagepflege erinnert sie an die angestrebte Versorgungsquote von 89 Prozent an Kita-Plätzen und 11 Prozent an Tagespflegeplätzen. Aktuell habe man eine Versorgungsquote von 75 Prozent Kita-Plätzen und 25 Prozent an Tagespflegeplätzen erreicht. Für sie sei vor diesem Hintergrund die Forcierung des Aus-

baus der Großtagespflege nicht nachvollziehbar. Sinnvoll sei ihrer Meinung nach die Konzentration auf den Kita-Ausbau. Zudem lasse die Großtagespflege Standards wie Fachkräfte, Außenspielplätze, etc. vermissen.

Wenn man weiterhin auf das Inverstoren-Modell setze, bleibe der Kita-Ausbau das Sorgenkind der Stadt Köln. Somit bestehe keine Aussicht auf bedarfsgerechte Versorgungsstrukturen in den nächsten zwanzig Jahren. Sie bitte die Anwesenden, nach neuen innovativen Lösungsansätzen für die Schaffung von Kita-Plätzen zu suchen.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen stellt fest, dass die Sorge um die Geschwindigkeit des Kita-Baus von allen geteilt werde. Die Limitation im Kita-Bereich werde durch den Flächenkampf bedingt, unabhängig davon, ob auf der Grundlage des Investoren-Modells oder einem anderen Modell agiert werde. Der klare Vorteil des Investoren-Modells sei die schnellere Realisierung. Darin liege der große Unterschied zum Schulbau.

Die Beschlusslage und die finanziellen Mittel seien gegeben, aber die Ausführung obliege nicht dem Jugendhilfeausschuss. Frau Beigeordnete Dr. Klein und ihr dazugehöriges Dezernat seien nicht der Teil der Verwaltung, der die entsprechenden Liegenschaften generieren könne. Das Zusammenspiel innerhalb der Organisationsstrukturen müsse sich verbessern, damit man diesen Auftrag schneller umsetzen könne. Das zu passierende Nadelöhr liege nicht im Jugendhilfeausschuss. Er betont, dass die Verwaltung eine hervorragende Arbeit im Hinblick auf den Kita-Ausbau leiste.

Er bekräftigt, dass man innovative Lösungen, wie die kinderfreundlichen Gewerbegebiete, finden müsse. Zur Zeit seien Arbeitgeber und Firmen noch sehr zögerlich. Restriktive Bauvorschriften erschweren den städtischen Kita-Bau zusätzlich. Man müsse versuchen, in den entsprechenden Ausschüssen darauf einzuwirken.

Herr Dr. Schlieben fasst zusammen, dass man viel getan habe, es jedoch noch viel zu tun gebe. Er fragt zum Thema Kita-Gipfel (Seite 6), ob Vertreterinnen und Vertreter der Tagespflegen am Kita-Gipfel teilgenommen haben.

Frau Beigeordnete Dr. Klein verneint die Frage.

Weiter bittet **Herr Dr. Schlieben** um eine Übersicht der Großtagespflegen, sortiert nach Stadtteilen.

Herr Pfeuffer sagt diese zu.

Frau Volland-Dörmann hebt hervor, dass das von der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion in der Landesregierung beschlossene Rettungspaket befristet sei. Es werde durch die Parameter Rücklagenfähigkeit und Erhöhung der Finanzmittel, die zu 100 Prozent vom Land finanziert werden, bestimmt. Eine vollständige Abfinanzierung der Eigenmittel der Träger erfolge jedoch nicht. Sie appelliert an die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion, die Abfinanzierung der Eigenmittel, die einen Rechtsanspruch darstelle, in der avisierten gesetzlichen Lösung festzulegen. Zur Zeit bestehe der Anreiz lediglich in einer leichten Verbesserung der schwierigen finanziellen Ausgangssituation der Träger. Für den Fall, dass das Gesetz nicht verabschiedet werde, bittet sie die politischen Vertreterinnen und Vertreter in der Landesregierung Düsseldorf Druck aufzubauen, um eine Verlängerung des Rettungspakets zu ermöglichen.

Weiter macht sie darauf aufmerksam, dass man das Flächenproblem in Köln nur bedingt lösen könne. Sie rät als Vertreterin eines Trägers der freien Jugendhilfe die Flächen- und Ressourcenpolitik der Stadt Köln nochmal zu überdenken und zu optimieren. Dies betreffe die Zusammenarbeit mit den anderen Ausschüsse und Dezernaten. Es müsse "runteradministriert" werden. Frau Beigeordnete Dr. Klein und das dazuge-

hörige Dezernat IV geben ihr Bestes. Die Restriktionen seien an anderen Stellen zu verantworten.

Weiter führt Frau Volland-Dörmann aus, dass die Betreiber von Kitas mit dem enormen Problem konfrontiert seien, Fachkräfte zu gewinnen. Es gebe Kitas, die aufgrund von Personalmangel nicht in den Betrieb gehen können. Daher müsse geprüft werden, wie man in den Bereich Ausbildung investieren könne.

Zu den Diskussionen um die Bilingualität merkt sie an, dass es schlichtweg zu wenige muttersprachliche Erzieherinnen und Erzieher oder Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen gebe. Sie bittet darum "die Kirche im Dorf zu lassen" und zu sehen, was im Rahmen der Möglichkeiten stehe.

Abschließend appelliert sie, in Düsseldorf für eine bessere Finanzierung zu intervenieren.

Herr Gümüs dankt für den informativen Bericht. Er schließt sich der Kritik an der Großtagespflege von Frau Dr. Butterwegge an. Daher rate auch die Industrie- und Handelskammer den Betrieben zum Aufbau einer Betriebskita, und nicht zum Aufbau einer Großtagespflege. Mehr Kitas seien die Lösung. Er mahnt hinsichtlich einer möglichen einhergehenden Standardabsenkung mit dem Ausbau der Großtagespflege zur Vorsicht.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen erinnert daran, dass Konsens darüber bestehe, dass der institutionellen Betreuung in Kitas der Vorzug zu geben sei. Tages- und Großtagespflege seien nur ein Substitut für einen zu überbrückenden Zeitraum.

Herr Clemens kritisiert die hohen Anforderungsprofile für den Ausbildungsberuf der Erzieherin und des Erziehers. Damit werde einer Vielzahl an potenziellen Bewerberinnen und Bewerber mit Kompetenzen für den niederschweligen sprachkompetenten Bereich der Zugang verwehrt. Es könne nicht sein, dass man das Fachabitur für den Ausbildungsberuf Erzieherin/Erzieher als Zugangsvoraussetzung vorweisen müsse. Die Anforderungsprofile seien mittlerweile derart hoch angesetzt, dass Menschen mit Migrationshintergrund, die eine entsprechende Disposition oder Qualifikation aus den Herkunftsländern mitbringen, ein Einstieg in dieses Berufsfeld nicht möglich sei.

An Herrn Gümüs gewandt, stellt **Frau Beigeordnete Dr. Klein** klar, dass weder die Verwaltung, noch die Träger, die Großtagespflege als Ersatz für den Kita-Bau sehen. Es sei nur einer der Bausteine, der die Schaffung von Betreuungsplätzen vorsehe. Vielmehr stelle die Großtagespflege ein flankierendes Angebot, zusätzlich zum forcierten Ausbau von Kitas, dar.

Herr Gümüs erklärt, dass es ihm wichtig sei, eine Verselbständigung der Diskussion, wie sie sich am Beispiel der Betriebskitas und der Industrie- und Handelskammer abzeichne, zu vermeiden.

Frau Kleine ärgert sich über die akademisch geführte Diskussion. Es sei bekannt, dass die Situation schwierig sei. Niemand behaupte, dass die Großtagespflege "das Gelbe vom Ei" sei. Man nehme die Not der Eltern ernst und bemühe sich, lebensorientiert zu helfen. Daher nutze man die Großtagespflege als ein Modell, um diese schwierige Phase zu überbrücken.

8.3 Mitteilungen aus dem Bereich Bezirksjugendämter sowie Pädagogische und Soziale Dienste

Es liegen keine Mitteilungen aus dem Bereich Bezirksjugendämter und Pädagogische und Soziale Dienste vor.

8.4 Mitteilungen aus dem Bereich Kinderinteressen, Jugendförderung und Jugendschutz

8.4.1 Tag der Jugend im Rathaus am 07.12.2017 3171/2017

Die Mitglieder nehmen diese Mitteilung zur Kenntnis.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen weist darauf hin, dass zwei Gymnasien und eine Gesamtschule eingebunden seien. Weder eine Realschule, noch eine Hauptschule, seien dieses Mal beteiligt. In der Vergangenheit sei diskutiert worden, wie ein ausgewogenes Verhältnis der Schulformen erreicht werden könne. Er fragt nach den Gründen.

Frau Baars erklärt, dass die interessierten Schulen sich selbst für die Teilnahme anmelden. Es haben sich nur die genannten drei Schulen angemeldet. Seitens der Verwaltung bestehe keine Möglichkeit der Einflussnahme.

8.4.2 Präventionsarbeit zu sexueller Gewalt in Köln stützen AN/0930/2017 2544/2017

Auch diese Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen erklärt, dass die Mitteilung aus einem Beschluss über einen Antrag der Piraten-Fraktion (heute Ratsgruppe BUNT) aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 20.06.2017 resultiere. Er begrüßt Herrn Hegenbarth als Vertreter der Ratsgruppe BUNT.

Herr Hegenbarth bedankt sich für die Stellungnahme und für die Unterstützung des Projekts „Heroes“. Er möchte dahingehend sensibilisieren, dass Prävention Vorbeugung bedeute. Selbstbehauptungskurse stellen keine Prävention dar, da sie auf bereits stattgefundenen Gewalt reagieren. Die meisten der aufgeführten Projekte entsprechen im Kern nicht der Prävention. Er kritisiert weiter, dass Projekte für Männer und heranwachsende Männer fehlen. Es fehlen somit wichtige Adressaten. Somit fordere er weiterführende Projekte.

Frau Schmerbach schließt sich der Kritik von Herrn Hegenbarth an. Sie fragt, ob die Elternarbeit mit in die Maßnahmenplanung aufgenommen werden könne. Da es sich um eine gesellschaftspolitische Frage handle, bittet sie die Verwaltung, die Geschlechterspezifika und die kulturelle Vielfalt miteinzubeziehen.

Frau Mahr merkt, an Herrn Hegenbarth gerichtet, an, dass eine Trennung schwierig sei. Präventionsarbeit könne durchaus bedeuten, dass Opfer therapeutische Hilfe oder Beratung suchen. Präventionsarbeit beinhalte auch Selbstbehauptung und Selbstverteidigung. Sie bestätigt jedoch, dass es zu wenige Projekte von Männern für junge Männer gebe.

Frau van Dawen-Agreiter lobt, dass nicht nur Prävention, sondern auch die Intervention angesprochen werde. Sie finde es gut, dass häusliche Gewalt miteinbezogen worden sei. Sie möchte wissen, ob es noch zusätzliche Bedarfe an Frauenhäusern gebe. In diesem Zusammenhang fragt sie nach der Situation von Kindern, in deren Familien häusliche Gewalt stattgefunden habe, und denen kein Platz im Frauenhaus angeboten werden konnte. Interessant sei für sie auch die Finanzierung nach der Umstellung des Konzepts 2013. Sie bittet um eine Einschätzung. Ergänzend merkt sie an, dass neben den katholischen Trägern auch die übrigen Träger Präventionsarbeit leisten.

Frau Blum-Maurice kritisiert, dass es sich vor dem Hintergrund der Prävention und Behandlung um einen sehr kurzen Überblick handle. Ihr fehle in der Darstellung die Arbeit der Beratungsstellen sowie der Stadteitarbeit. Sie sehe auch, dass Angebote für Jungen fehlen und regt eine Ausweitung der Darstellung in Bezug auf Jungen und Mädchen an. Sie schlägt vor, die Finanzierungsbedingungen miteinzubeziehen.

Frau Laufenberg möchte die Aussagen von Frau van Dawen-Agreiter zum Thema Frauenhäuser, nicht unkommentiert im Raum stehen lassen. In Bezug auf die Umstellung der Finanzierung im Jahr 2013 bestehen laut Aussage von Frau van Dawen-Agreiter erhebliche Probleme. Sie bestätigt, dass man das Thema auf Landesebene erneut aufrufen müsse. In Köln habe man seit 2011 intensiv für die Frauenhäuser gekämpft. Sie erinnert, dass ein barrierefreier Neubau errichtet worden sei. Es sei heute möglich, behinderte Frauen und Kinder im Alter von 12 Jahren dort aufzunehmen. Die Situation der Frauenhäuser habe sich in den letzten 4 Jahren also erheblich verbessert. Nichtsdestotrotz bestehe weiterer Handlungsbedarf.

Frau Dahmen vermisst ebenfalls Präventionsangebote für junge männliche Heranwachsende. Man stehe in aktivem Austausch mit dem Flüchtlingskoordinator, um auch dieses Thema zu besetzen. Geschlechterspezifische Jugendarbeit stehe auch auf der Agenda. Sie befinde sich bereits im Dialog mit Schulleiterinnen und Schulleitern, um ein entsprechendes Angebot für Jungen zu schaffen. Ein breites Netzwerk sei gerade im Aufbau begriffen. Obwohl sie dieses Amt erst seit sieben Monaten inne habe, sei in diesem kurzen Zeitraum bereits Vieles entwickelt worden. Zudem bestehe ein guter Kontakt mit der Mädchen- und Frauenarbeit. Zum Thema Frauenhäuser erklärt sie, dass sie die falsche Adressatin sei, da die Frauenhäuser in die Zuständigkeit des Amtes für Senioren und Soziales falle. Man habe das Amt für Soziales und Senioren in seinen Bemühungen um die Frauenhäuser jedoch tatkräftig unterstützt. Sie versichere, in ihren Bemühungen nicht nachzulassen. Mit dem Handlungsleitfaden für sexualisierte und sexistische Werbung gehe man einen großen Schritt, um Sensibilität zu wecken.

Herr Clemens fasst zusammen, dass das Handlungsfeld erkannt worden sei. Die Konzeptionierung hinsichtlich der Flüchtlingszuwanderung müsse praxisnah überdacht werden.

Frau Mahr regt an, im Jugendhilfeausschuss die strukturellen Bedingungen für Alltagssexismus und sexualisierte Gewalt gegen Mädchen und Jungen zu thematisieren, um zu verstehen, in welcher Bandbreite sich diese abspielen. In den Medien stehen nur einzelne Aspekte im Fokus. Sie vermisse zudem die thematische Verbindung zur Sozialisation.

8.5 Weitere Mitteilungen

8.5.1 Start des Projekts „Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“ 2619/2017

Diese Mitteilung wird ohne Wortbeitrag zur Kenntnis genommen.

8.5.2 Beantwortung der Anfrage von Frau Möller im Rechnungsprüfungsausschuss vom 06.07. 2017 Bezug: Vorlagen 1522/2017 und 1803/2017 2322/2017

Auch diese Mitteilung wird ohne Wortbeitrag zur Kenntnis genommen.

8.5.3 Kölner Perspektiven 2030 2794/2017

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen merkt an, dass nur Hochschulen als Input-Geber benannt seien. Er wünsche sich eine partizipativere Besetzung des Themas Bildung.

8.5.4 Sport in Metropolen - Netzwerk Sport und Bewegung Nippes Mach Sport - Vor Ort - Sportvereine lassen Schüler schnuppern Rückblick 2017 / Ausblick 2018

**Kooperationsprojekt zwischen dem Sportamt / Netzwerk Sport und Bewegung Nippes (Sport in Metropolen), dem Stadtbezirks-SportVerband 5 (Köln-Nippes) gemeinsam mit der Sozialraumkoordination Bilderstöckchen, der Gemeinschaftsgrundschule Nibelungenstr., der Katholischen Grundschule Osterather Str., der Katholischen Grundschule Bülowstr. sowie dem Sportsachbearbeiter für den Bezirk Nippes
3006/2017**

Die Mitteilung wird ohne Wortbeitrag zur Kenntnis genommen.

8.5.5 Unbefristete Weiterführung des Projekts "Optimierung von Früherkennung und Versorgung von Kindern und jungen Menschen mit Zeichen einer psychischen Störung" 2513/2017

Auch diese Mitteilung wird ohne Wortbeitrag zur Kenntnis genommen.

**8.5.6 Zukunfts- und bedarfsorientiertes Ressourcenmanagement für schutzsuchende Menschen
3217/2017**

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Frau Dr. Butterwegge fragt, ob es möglich sei, die für das Jahr 2018 avisierten Großunterkünfte zu vermeiden.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen regt an, diese Frage im Ausschuss für Soziales und Senioren zu stellen.

**8.5.7 Bericht zur fachärztlichen und sozialen Beratung in den Gemeinschafts- und Notunterkünften der Stadt Köln 2017
3177/2017**

Diese Mitteilung wird ohne Wortbeitrag zur Kenntnis genommen.

**8.5.8 Jahresbericht 2016 Aufsuchendes Suchtclearing (ASC)
2979/2017**

Auch diese Mitteilung wird ohne Wortbeiträge zur Kenntnis genommen.

gez. Dr. Ralf Heinen (Vorsitzender)
gez. Petra Voous (Schriftführerin)